

Dels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.
Pränumerationspreis viertel-
jährlich 6 Sgr., durch die
Post bezogen 7½ Sgr.



Inserate werden bis Donnerst-
tag Mittag in der Expedition
angenommen und kostet die ge-
spaltene Zeile 1 Sgr., Wieder-
holungen die Hälfte.

Redacteur: Königl. Kreis-Secretair Kapler.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 44.

Dels, den 21. September 1866.

4. Jahrg.

Am t l i c h e r T h e i l.

Nr. 1089. Betreffend die Vertheilung von Kirchen- und Schul-Lasten.

In Folge mehrfach angeregter Zweifel, welchen Einfluß die neue Grundsteuerverfassung nach Maßgabe des Gesetzes vom 21. Mai 1861 auf die bestehenden Rechtsverhältnisse in Betreff der Leistungen für Kirchen und Schulen habe?

haben die Herren Minister der Finanzen und der geistlichen Angelegenheiten entschieden, daß im Allgemeinen bei Vertheilung der Kirchen- und Schul-Lasten, soweit dieselben zufolge der bestehenden Vorschriften nach dem Contributionsfuß oder nach dem catastrirten Ertrage und der catastrirten Ausfaat zu repartiren sind, fortan die neue Grundsteuer-Einrichtung zur Anwendung zu bringen ist, ohne daß es der vorgängigen gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes bedarf. Im Einzelnen ergeben sich hieraus folgende Consequenzen.

1. Baulast. In Betreff der Kirchbaufkosten lassen die §§ 734—739 Theil II. Titel 11 Allgemeinen Landrechts keinen Zweifel, daß nicht bloß die zur eigentlichen Grundsteuer herangezogenen Liegenschaften, sondern alle der Grundsteuer im weitern Sinne unterworfenen Steuerobjekte in Betracht zu ziehen sind. Es ist daher gerechtfertigt, die Gebäbesteuer zugleich mit der Grundsteuer von den Liegenschaften der Repartition der Kosten zu Grunde zu legen.

Dasselbe gilt von der Repartition der Schulbaufkosten, sowohl wenn sie nach den Regeln der kirchlichen Baulast aufzubringen sind, als auch bei einfachen Schulhäusern unter Anwendung der §§ 31. 34. Theil II. Tit. 12 Allgemeinen Landrechts.

2. Dotationslast. Die Dotationspflicht der evangelischen und katholischen Landschul-Lehrer resp. die hier mit verbundene Verpflichtung zur Aufbringung der Pension für emeritirte Lehrer beruht auf § 10. 29. des Schul-Reglements vom 18. Mai 1801 und dem Allerhöchsten Landtags-Abshiede vom 22. Februar 1822. In denselben Fällen, wo der catastrirte Ertrag als Repartitionsmaßstab bestimmt ist (z. B. § 19a) ist fort an nach

dem, Behufs Veranlagung der Grundsteuer festgestellten Reinertrage der Liegenschaften zu repartiren.

Wo in den bisherigen Gesetzen die catastrirte Größe der Ausfaat als Maßstab vorgeschrieben ist (z. B. § 19b.), tritt an die Stelle der bei Veranlagung der Grundsteuer festgestellte Reinertrag der als Acker eingeschätzten Liegenschaften.

Ist nur ein Dominium zur Dotation nach Vorschrift § 19a. in Betreff des Brennmaterials und Baargehaltes verpflichtet, so bleibt diese Verpflichtung, auch wenn das Dominium keinen Grundbesitz hat.

Concurriren aber hierbei mehrere Dominien, welche unter sich nach dem catastrirten Ertrage (jezt nach dem Reinertrage der Liegenschaften) beizutragen hätten, so werden diejenigen Dominien, welche keine Liegenschaften haben, von jedem Beitrage frei, weil dieselben bei Anwendung des vorgeschriebenen Repartitionsmaßstabes nicht getroffen werden können.

Breslau, den 21. August 1866.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.
gez. Kulau.

An sämtliche Königliche Landraths-Ämter
des Regierungs-Bezirks.

Vorstehende Verfügung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und weise die Kirchen- und Schulvorstände an, bei Vertheilung von Kirchen- und Schullasten für die Folge genau darnach zu verfahren. Die Anträge wegen Ermittlung des Reinertrages der Liegenschaften resp. des Reinertrages der als Acker eingeschätzten Liegenschaften sind an den Königlichen Fortschreibungsbeamten Herrn Schylla hier selbst zu richten.

Dels, den 20. September 1866.

Der Königliche Landrath.
von der Verswordt.

Nr. 1090. Betrifft die im Fortschreibungswege aufgestellten Behändigungsscheine.

Die im Fortschreibungswege den Inhabern selbstständiger Gutsbezirke und den Gemeindevorständen bei-

gegebenen Behändigungsscheine sind zum größten Theil noch nicht an mich zurückgelangt. Da diese jedoch sämtlich bis zum 15. Oktober a. c. der königlichen Regierung eingereicht werden müssen, wird deren schleunigste Ablieferung an mich dringend erforderlich.

Dels, den 18. September 1866.

Der Fortschreibungsbeamte.
Schylla I.

Nr. 1091. Für die National-Invaliden-Stiftung sind fernerweit eingegangen:

- | | | |
|----|--|------------|
| 1) | von dem Herrn Grafen d'Altreumont Thlr. Sgr. Pf. | |
| | auf Ostrowine | 100. —. —. |
| 2) | von dem Herrn Landschafts-Direktor | |
| | von Rosenberg auf Gutwohne | 25. —. —. |
| 3) | von der Gemeinde Jäntschdorf | 4. 11. 5. |
| 4) | = = = Dobrischau | 1. 10. —. |
| 5) | = = = Eichgrund | —. 11. 6. |
| 6) | = = = Langenhof | 3. —. —. |
| 7) | = = = Taschenberg | 3. 5. —. |

Dels, den 20. September 1866.

Der königliche Landrath.
von der Verswordt.

2. Juli d. J. (Stück 30, No. 1007), fordere ich ländliche Orts-Polizeibehörden und Ortsgerichte hierdurch auf: mir nunmehr binnen 14 Tagen über das, was zur Ausführung meiner Anordnungen geschehen ist, zu berichten.

Dels, den 17. September 1866.

Der königliche Landrath.
von der Verswordt.

Nr. 1093. Steckbrief.

Der Dienstknecht Wilhelm Günther aus Ober-Schmollen soll wegen wiederholter Unterschlagung zur Untersuchung und Haft gezogen werden; sein gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt. Es wird ersucht, denselben im Betretungsfalle festzunehmen und an das königliche Kreis-Gericht hier abzuliefern.

Signalement: Familien-Name Günther; Vorname Wilhelm; Geburtsort Grompusch; Aufenthaltsort (leptst) Ober-Schmollen; Alter 19 Jahr; Haare braun; Größe mittlere Statur.

Bekleidet war er bei seiner Entweichung mit einer blauen Soldatenmütze, einem alten, abgetragenen, braunen Luchrock, einem Paar rohklineenen Hosen und rohklineener Schürze.

Dels, den 11. September 1866.

Der königliche Staats-Anwalt.

Nro. 1092. Betreffend die Trichinenfrage.

Im Verfolg meiner Kreisblatt-Bekanntmachung vom

N i c h t a m t l i c h e r T h e i l .

Der Empfang der Sieger in der Heimath.

Festliche Tage sind für Preußen gekommen, wie sie nur den Völkern zu Theil werden, welchen der Finger der Vorsehung den Beruf zugewiesen hat, große Thaten für die höchsten Zwecke der Menschheit zu vollbringen und einen Ehrenplatz in der Weltgeschichte einzunehmen.

Eine Siegesfeier ist zunächst dem Dank für den Segen des Himmels und der Verherrlichung aller um das Vaterland erworbenen Verdienste gewidmet; aber, im richtigen Bewußtsein und in würdiger Weise begangen ist ein solches Fest schon wieder ein Schritt weiter auf der Bahn zur Erfüllung eines nationalen Berufes: in der den Thaten der jüngsten Vergangenheit dargebrachten Huldigung kann und soll zugleich ein Gelöbniß und eine Bürgschaft für die Zukunft liegen.

Hocherfreulich und verheißungsvoll ist die begeisterte Theilnahme an dem Empfang der heimkehrenden Truppen, welche durch alle Theile des Landes, durch alle Schichten des Volkes geht. Nicht die Hauptstadt allein hat den glänzendsten Schmuck angelegt und bereitet großartige Festlichkeiten zu Ehren der Sieger: überall im Lande wird den von den Schlachtfeldern Zurückkehrenden das herzlichste Willkommen entgegengebracht. Der Glanz der Feierlichkeiten kann nicht überall gleich sein; aber die begeisterte Stimmung ist überall die gleiche. Kein Preußenberg, vom königlichen Schloß bis zur niedersten Hütte herab, will sich von dem Feste ausschließen. Ein jedes will seinen Antheil haben, nicht bloß an dem stolzen Bewußtsein der errungenen Siege und des vaterländischen

Machtzuwachses, sondern auch an dem Ausdruck des Dankes und der Bewunderung, welche das Land allen Urhebern und Mitvollbringern des geironnenen Aufschwunges schuldet.

In solchen Tagen offenbart sich mit vollster, überzeugendster Gewißheit die Thatfache, daß es dem starken und weisen Scepter unserer Hohenzollernfürsten unwiderstlich gelungen ist, den allmählig zu einem Ganzen zusammengefügt, an sich so verschiedenartigen Landesgebieten ein mächtiges Einheitsgefühl zu geben, welches nicht allein den dauernden Zusammenhalt des bisherigen Staatskörpers verbürgt, sondern auch den neuangeschlössenen Gliedern den Lebenssaft treuer Anhänglichkeit und thatkräftigen Strebens zuzuführen verpricht. In solchen Tagen freudiger Erhebung fallen auch die Schranken, durch welche der Parteigeist die Bürger desselben Staates zu trennen versucht: alle trüben Nebel weichen vor der Einsicht, daß den Parteimeinungen eine patriotische Unterordnung geziem, wenn es sich um die Macht und Ehre des Vaterlandes handelt.

Beim Ausbruch des Krieges hatte der König einen allgemeinen Buß- und Bettag für das Land angeordnet, um den Schatz des allmächtigen Gottes für die Sache Preußens anzuflehen. So wird auch das jetzige Siegesfest seinen ersten Abschluß in einem feierlichen Dankgottesdienste finden. Wahrlich, der Segen des Himmels hat wunderbar über unserm Vaterlande gewaltet! Alles mußte so zusammentreffen: die so wirksam geleiteten Kraftanstrengungen Preußens und die eigenthümliche Ge-

haltung der europäischen Verhältnisse, damit unsere Sache siegen und aus dem Siege die rechte Frucht ziehen konnte. Vor Allem haben wir aber Gottes gnädiger Hülfe dafür zu danken, daß Preußens Heer so großartige Erfolge in so überaus kurzer Zeit errungen und dadurch dem eigenen Lande, wie dem gesammten Deutschland, die schweren Opfer eines langwierigen Krieges erspart hat!

Der Dank, der unserem Heere gebührt, strömt voll und freudig aus jedem patriotischen Herzen. Bis vor Kurzem wußte man noch kaum, was Preußen in seiner Armee besaß. Man konnte es nicht wissen, weil dieselbe noch keine Gelegenheit gefunden hatte, sich allein mit einem mächtigen Feinde zu messen. Jetzt ist jedem Zweifel durch augenfällige Thatfachen ein Ende gemacht, und wo das heimische Urtheil noch bescheiden zurückhält, da hat die staunende Bewunderung des Auslandes den richtigen Maßstab für den Werth der Leistungen gegeben. Im unaufhaltsamen Lauf von Sieg zu Siege hat unser Heer mit gewaltigen Schlägen den Widerstand aller Gegner Preußens auf deutschem Gebiete gebrochen und so wunderbar schnell und erfolgreich einen Feldzug beendet, der hinter den ruhmvollsten Kriegsthaten in der Weltgeschichte nicht zurückbleibt.

An der Spitze des preussischen Heeres steht unser König und oberster Kriegsherr, nicht bloß dem Namen nach, sondern im vollsten und edelsten Sinne des Wortes. König Wilhelm ist der Schöpfer dieses Heeres, dem wir den erneuten Ruhm und die gesteigerte Macht unseres Vaterlandes zu danken haben; er hat mit Beihilfe erfahrener Fachmänner den Gang des Feldzuges vorgezeichnet und alle für die Bewegung und Verwendung der Truppen wichtigen Entscheidungen getroffen; er hat endlich weder Mühseligkeiten noch Gefahren gescheut, um die Kriegsführung unmittelbar an Ort und Stelle zu übernehmen; er hat den Oberbefehl über das Heer in der Schlacht bei Königgrätz geführt und im entscheidenden Augenblick die vorstürmenden Truppen durch sein persönliches Erscheinen zu begeistertester Tapferkeit angefeuert. Den hochherzigen Anstrengungen entsprach der Erfolg. Viele Jahre hindurch hatte der König harte Kämpfe und schwere Prüfungen für Bildung und Erhaltung eines so kriegstüchtigen Heeres bestehen müssen. Am Abend des denkwürdigen Tages vom 3. Juli konnte er hoffen, daß seinem Werke der lang ersehnte Lohn: der Dank seines Volkes, nicht länger entgehen werde.

Um den hohen Kriegsherrn standen die tapfern und umsichtigen Feldherren, welche ein Ehrenkenntnis in der vaterländischen Geschichte verdient haben: obenan der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, denen die Führung der beiden großen Heereskörper anvertraut war und welche ihre Aufgabe so meisterhaft lösten. Der Geist Friedrichs des Großen durfte mit Stolz auf seine Entel herabblicken, die seinem erhabenen Vorbilde nachstreben, nicht bloß in der Kriegsführung, sondern auch in herzogewinnender Leutseligkeit gegen die Mannschaften und in gewissenhafter Fürsorge für deren Wohl. An die beiden Armeeführer schlossen sich an die anderen Prinzen unseres königlichen Hauses, welche dem Rufe zum Dienste für

das Vaterland stets freudig Folge leisten, und die tapferen Generale, deren Namen schon jetzt im Volksmunde leben, wie die der Helben aus den Zeiten des großen Kurfürsten, des großen Friedrich und der Befreiungskriege. Aber dem Geiste der Feldherren entsprach vollständig die Haltung der Truppen, welche durch Muth und Gewandtheit, Manneszucht und Ausdauer sich des höchsten Lobes würdig zeigten, würdig eines Offizier-Corps, welches ihnen an soldatischer Tüchtigkeit und Todesverachtung voranleuchtete. Friedrich der Große feuerte seine Truppen vor dem Beginn einer Schlacht mit der einfachen Mahnung an: „Ich erwarte von Euch, Kinder, daß Jeder seine Schuldigkeit thue.“ Nun, das preussische Heer von 1866 hat seine Schuldigkeit im Sinne des großen Königs gethan.

Das ganze preussische Volk ist voll Bewunderung für die Thaten unserer Truppen und wetteifert in diesen festlichen Tagen, seinen Dank durch Wort und That zu bekunden. Soll aber diesem Fest ein tieferer Eindruck, eine dauernde Frucht für die Zukunft nicht abgehen, dann darf die Siegesfreude nicht den Gedanken an die Pflichten verdrängen, welche Preußen zu erfüllen hat. Nicht um kleiner Vortheile willen hat Preußen den jüngsten Krieg unternommen, sondern es hat sich dem Beruf gewidmet, für die nationalen Ziele Deutschlands zu wirken. Auf diesem Wege konnte es nichts erreichen, ohne ein den höchsten Aufgaben gewachsenes Heer; es kann nicht weiter kommen, ohne die freudige Mitwirkung aller tüchtigen Kräfte des Landes. Es ist daher Pflicht des Volkes, seinerseits mit allem Eifer an der Erhaltung eines solchen Heeres mitzuarbeiten und den Geist patriotischer Eintracht und Hingebung zu pflegen, welcher überall zu Siegen und Erfolgen führt.

Durch solche Gelohnisse gebe das preussische Volk dem Einzugsfeste unserer heimkehrenden Truppen die rechte Weihe!

Der Einzug der Garde und einiger anderer Truppentheile in die Hauptstadt der Monarchie ist nunmehr auf den 20. und 21. d. M. bestimmt festgesetzt und wird voraussichtlich so ziemlich den Schluß der nicht minder auch im ganzen Lande stattfindenden Empfangsfeierlichkeiten bilden, da die meisten Regimenter schon in diesen Tagen in die für sie bestimmten Garnisonsorte einrücken. Es liegen schon jetzt aus mehreren Orten der Provinzen Berichte vor über den ausnehmend herzlichen und festlichen Empfang, welcher von Behörden und Einwohnerschaft den heimkehrenden Kriegerern dort bereitet worden.

Um den Einzugsfeierlichkeiten in Breslau beizuwohnen, ist am letztvergangenen Montage Abends auch Seine Majestät der König dorthin gereist. Vom Schlosse Erdmannsdorf in Schlesien aus, wo das hohe kronprinzliche Paar sich seit einiger Zeit aufhält, hat sich Seine königliche Hoheit der Kronprinz ebenfalls zu dem bezeichneten Zwecke nach Breslau begeben.

Bei der Begrüßung durch die Stände des Breslauer Landkreises erwiderte Seine Majestät der König: „Es freut Mich, Meine Herren, daß Ich Gelegenheit habe, persönlich der Provinz Meinen Dank sagen zu

können, welche am meisten durch den Feind gefährdet war. Es war Mir Bedürfnis, hierher zu kommen; denn es hat Mein Herz freudig berührt, daß gerade diese Provinz im Augenblick der Gefahr einmüthig, wie im Jahre 1813, sich patriotisch erhoben hat. Mein Dank ist der Zweck meines Hierseins."

Bei dem Festmahle erwiderte Seine Majestät auf die Begrüßung durch den Oberbürgermeister ungefähr Folgendes:

"Sie haben die Worte richtig wiedergegeben, welche Ich heute früh bei Meinem Einzuge gesprochen. Breslau und die Provinz haben den Beweis der Treue und Hingebung vollständig geliefert. Schlessen war ja die Provinz, welche vor allen anderen am meisten bedroht war und der Ich kaum zu Hülfe kommen konnte. Was Ich thun konnte, um zu beweisen, daß Ich sie fest in Meinen Händen halten wollte, war, daß Ich Meinen Sohn nicht allein zum Oberbefehlshaber der schlessischen Armee, sondern auch zum Gouverneur der Provinz ernannte. Die Vorsehung hat es anders gewollt, als unsere Gegner. Die Provinz ist unverfehrt geblieben und von keinen feindlichen Truppen betreten worden; sie ist dadurch vor jeder Unbill geschützt worden. Aber wir haben auch einen Krieg geführt, der über alle Meine Erwartungen ging, der alle menschlichen Gedanken übertraffen und der selbst die kühnsten Erwartungen der erfahrensten Militärs weit hinter sich gelassen hat. Dafür gebührt der Vorsehung Dank, welche in so kurzer Zeit uns so Großes erreichen ließ. Unser Dank gebührt aber auch der Armee, welche so Großes vollbracht. Vorgebildet war dieselbe allerdings durch Meinen Vater und Bruder glorreichen Andenkens, aber sie war eben nur vorgebildet, bis Ich selbst die durchgreifende Hand an's Werk legte. Der Armee also gebührt der Dank. Wie sehr derselbe aber bereits in aller Herzen glüht, das habe Ich heute gesehen, und der Eindruck, welchen Ich von der hier vollzogenen Begrüßung Meiner Truppen empfing, er ist unvergänglich in Mein landesväterliches Herz eingeschrieben. Ja, Ich rechne den heutigen Tag zu der schönsten Meines Lebens. Er erinnert Mich an jene glorreiche Zeit, welche Ich im Jahre 1813 hier verlebte. Für diesen Ausdruck des Dankes an die Truppen lassen Sie Mich nun Meinerseits Ihnen Allen aufrichtig danken. Ich spreche diesen Dank aus der ganzen Provinz und Ich beauftrage Sie (zu dem Ober-Präsidenten gewandt), diesen Meinen königlichen Dank der Provinz, welche ein Vorbild in ernster Zeit gewesen, in Meinem Namen auszudrücken. In dieser Gesinnung lebe die Stadt, welche die Truppen so herzlich aufgenommen, wofür Ich Meinen königlichen Dank nochmals ausspreche, hoch!"

Am Dienstag Abends ist Seine Majestät in Begleitung Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen wieder in Berlin eingetroffen. Auch die Frau Kronprinzessin mit den Kindern kehrte an demselben Tage aus Erdmannsdorf nach der Residenz zurück.

Seine königliche Hoheit Prinz Friedrich Karl hat an die 1. Armee vor deren Rückkehr in die Heimath

unter dem 30. August noch von seinem damaligen Hauptquartier Teplitz aus den nachstehenden Armeebefehl erlassen:

"Soldaten der 1. Armee! Ein rühmlicher Friede hat heute diesen glorreichen Feldzug beschlossen. Preussens Machtstellung ist gewachsen und seine Grenzen sind erweitert. Eure sieggewobnten Fahnen, welche in Sachsen, Böhmen, Mähren, Ungarn, in Nieder-Oesterreich und Angesichts der Thürme der alten Wien geweht haben — Ihr tragt sie stolz der sieben Heimath entgegen, welche Euch feierlich empfangen wird. Die bisher mit untergebene 1. Armee wird bald zu bestehen aufhören. Ich wünsche daher einige Worte des Abschiedes an Euch zu richten. Der König und Herr hat verschiedentlich Seine vollste Zufriedenheit und Seinen königlichen Dank Euch ausgesprochen und wird ihn durch Verleihung einer Reihe wohlverdienter Auszeichnungen bethätigen. Im Vergleich zu solcher Gnade, ich fühle es wohl, hat meine Anerkennung doch nur geringen Werth. Aber vorenthalten darf ich sie Euch dennoch nicht und so spreche ich sie denn aus vollem Herzen hiermit aus den verdienten Herren Generalen, Euren so bewährten Offizieren und Euch Soldaten aller Corps und aller Waffen für Euer Vertrauen und für Eure Hingebung. Mehr wie unsere Schuldigkeit konnten wir ja nicht thun. Diese aber haben wir voll gethan, und, so viele Kämpfe die 1. Armee zu bestehen hatte, ebenso viele Erfolge hat sie aufzuweisen. Ich habe Eure Kräfte im Marchiren mehrfach bis zum Äußersten in Anspruch genommen. Im Kampfe aber haben nur wenige Truppen von uns Ihr Aeußerstes thun müssen. Ich habe deshalb, so schnell, glücklich und ruhmreich der jetzt vollendete Siegeslauf auch für uns, wie für die ganze Armee gewesen ist, dennoch in Eurem Namen dem König die Versicherung geben dürfen, Seine Armee könne noch weit mehr leisten, als sie geleistet hat. Trägt Euch dies ein und zu geeigneter Stunde denkt daran! Unser Herrgott ist wieder sichtlich mit Preußen gewesen. Nicht uns, Ihm sei Lob, Preis, Dank und Ehre! Lebt denn wohl, meine tapferen Kameraden, und seid ferner Gott befohlen! Euer dankbarer Oberbefehlshaber. Der General der Kavallerie Friedrich Karl, Prinz von Preußen."

Am 14. d. M. empfing Se. königliche Hoheit auf dem Jagdschlosse Glienicke bei Potsdam eine Deputation der städtischen Behörden von Berlin, um eine Dank- und Beglückwünschungsadresse aus den Händen derselben entgegenzunehmen. Es war in dieser Adresse besonders auch darauf hingewiesen, wie Prinz Friedrich Karl es sich zu einer Hauptaufgabe gemacht habe, die Ausbildung des Soldaten in der Kampfweise unserer Zeit und die Tüchtigkeit jedes Einzelnen auf das höchste Maß zu steigern, und wie es daher zum nicht geringsten Theile das Verdienst Sr. königlichen Hoheit sei, daß die preussische Armee in den Feldzügen von 1864 und 1866 sich die Achtung und Bewunderung Europa's erworben hat.

Der Prinzliche Feldherr antwortete in wohlwollender Weise und mit den herzlichsten Worten, indem er besonders hervorhob, daß die Adresse die Ziele, welche

zu erreichen er zur Aufgabe seines Lebens und Strebens gemacht habe, ganz richtig bezeichne, und daß er die hierzu eingeschlagenen Bahnen ferner verfolgen werde. Mit großer Freude nehme er die Adresse entgegen und spreche dafür seinen Dank aus. Er wisse jedoch, daß er, wie jeder andere Soldat bis zum Gemeinen herab, in den vergangenen Tagen nur seine Schuldigkeit gethan und auf eine weiter gehende Anerkennung keinen Anspruch habe.

Der Minister-Präsident Graf von Bismarck, welcher schon im Winter vorigen Jahres und auch im vergangenen Frühjahr zeitweise unwohl war, leidet gegenwärtig an einem Rückfall seines Uebels, welches durch die großen Anstrengungen der jüngsten Zeit gesteigert worden ist. Das Leiden äußert sich in heftigen Nervenschmerzen und einer allgemeinen Abspannung, zu deren Beseitigung nach Ausspruch der Aerzte eine Zeit der Ruhe und Erholung erforderlich ist. Deshalb hatte der Minister-Präsident in diesen Tagen sich aller amtlichen Geschäfte gänzlich enthalten.

Der Zustand hat sich inzwischen soweit gebessert, daß Graf Bismarck gestern eine Ausfahrt unternehmen konnte; doch ist leider nicht mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß derselbe an den Festlichkeiten der nächsten Tage durch persönliches Erscheinen wird theilnehmen können. Sicher wäre das Bedauern allgemein und lebhaft wenn der gefeierte Staatsmann durch sein Leiden verhindert bliebe, auch bei dieser Gelegenheit den Ausdruck der Dankbarkeit und der Bewunderung entgegenzunehmen, auf welche ihm seine hohen Verdienste ein wohlbegründetes Anrecht erworben haben.

Das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Bei Erörterung der auf den norddeutschen Bund bezüglichen Verhältnisse ist öfter die Frage aufgeworfen worden, ob von der Mitwirkung eines Parlamentes viel Ersprießliches zu erwarten sei. Während von manchen Stimmen Bedenken über das Verhältniß zwischen dem Norddeutschen Parlament und der preussischen Volksvertretung ausgesprochen wurden, trat von anderer Seite die Ansicht hervor, ein Norddeutscher Reichstag werde im günstigsten Falle nicht viel nützen können, aber leicht dem Verlangen der Regierung nach Gründung kräftiger Bundeseinrichtungen allerlei Schwierigkeiten in den Weg legen.

Es wäre sehr beklagenswerth, wenn aus solchen Bedenken Gleichgültigkeit gegen das norddeutsche Parlament und gegen die bevorstehenden Wahlen für dasselbe erwannne.

Man darf zunächst nicht vergessen, daß Preußen zur Einberufung eines Parlamentes für die Zwecke eines neuen Bundesverhältnisses moralisch und vertragsmäßig verpflichtet ist.

Se mehr die preussische Regierung sich im Laufe der letzten Jahre von der Unhaltbarkeit der Zustände unter der alten Bundesverfassung überzeugt hatte, um so ernster faßte sie die Aufgabe an, als Ersatz für die im Zerfall begriffenen Formen eine neue, dem Einheitsstreben und

den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Ordnung der Dinge zu begründen. Bei allen auf das letztere Ziel gerichteten Kundgebungen und Vorschlägen hatte Preußen die Theilnahme einer Volksvertretung in Aussicht genommen, um durch deren Mitwirkung gegen die Sonderbestrebungen der Einzel-Regierungen ein Gegengewicht zu bilden. Dieser Plan fand seinen förmlichen und bestimmten Ausdruck in den Grundzügen einer Bundes-Reform, welche Preußen unmittelbar vor Ausbruch des letzten Krieges den deutschen Regierungen zur Annahme empfahl.

Von Seiten der preussischen Regierung ist wiederholt erklärt worden, das sie sich an die damals gemachten Zusagen gebunden erachte und von der ersten Absicht geleitet sei, das im Angesicht eines gefahrdrohenden Krieges gegebene Versprechen nach dem glücklichen Ausgang desselben gewissenhaft zu erfüllen.

Nach der Auseinandersetzung mit Oesterreich konnte Preußen dem Werk einer deutschen Einigung auf festeren Grundlagen näher treten, und zwar durch Gründung eines Norddeutschen Bundes. Der jetzt bereits von 19 deutschen Regierungen angenommene Bündnißvertrag enthält unter andern folgende Bestimmungen:

„Die Zwecke des Bündnisses sollen endgültig durch eine Bundesverfassung auf der Grundlage der preussischen Grundzüge vom 10. Juni 1866 festgestellt werden, unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlamentes.

Die verbündeten Regierungen werden gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anordnen und letzteres gemeinschaftlich mit Preußen einberufen. Zugleich werden sie Bevollmächtigte nach Berlin senden, um nach Maßgabe der Grundzüge vom 10. Juni d. Z. den Bundesverfassungsentwurf festzustellen, welcher dem Parlament zur Verathung und Vereinbarung vorgelegt werden soll.“

Da diese Bestimmungen des Vertrages in naher Zukunft zur Ausführung gelangen sollen, so ist es an der Zeit, daß alle Freunde des deutschen Einigungswerkes auch den Wahlen für den Norddeutschen Reichstag eine lebhafteste Theilnahme zuwenden. Die Aufgaben, welche dem neuen Parlament zufallen, sind von hoher Wichtigkeit für die nächste Entwicklung der deutschen Verhältnisse: dasselbe ist berufen, an der Herstellung fester Einrichtungen für Norddeutschland und somit an der Grundsteinlegung für die nationale Einheit mitzuarbeiten. Es ist dringend zu wünschen, daß ein so bedeutungsvolles Werk in die Hand der rechten Arbeiter komme. Deshalb mögen alle Vaterlandsfreunde rechtzeitig für die Wahl solcher Männer wirken, welche gewillt und befähigt sind, die Bestrebungen unserer Regierung für die Sicherheit und die Machtstellung Deutschlands kräftig zu unterstützen und Preußen mit den erforderlichen Befugnissen zur Erfüllung seiner Pflichten auszustatten.

Um den durch den Bundesvertrag vorgeschriebenen Wahlen für das norddeutsche Parlament vor Allem in Preußen die nöthige geistliche Grundlage zu geben,

legte die Staats-Regierung am 13. August dem Abgeordnetenhaus ein im Wesentlichen mit dem Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 übereinstimmendes Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes zur Berathung vor.

Die Hauptbestimmungen dieser Gesetzesvorlage sind folgende:

„Wähler ist jeder unbescholtene Preuße, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder wahlberechtigte Preuße, welcher zugleich seit mindestens drei Jahren dem Staate angehört hat. Auf durchschnittlich 100,000 Seelen ist ein Abgeordneter zu wählen. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Wahl ist direkt und erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen.“

Dieser Gesetzentwurf wurde vom Abgeordnetenhaus in zwei Sitzungen, am 11. und 12. d. M., beraten. Im Allgemeinen und in allen Hauptsachen erklärte die überwiegende Mehrheit des Hauses sich mit der Regierungsvorlage einverstanden und nahm dieselbe an; doch beschloß das Haus auch einige Zusätze und Aenderungen, welche von der Staatsregierung zwar nicht zurückgewiesen wurden, jedoch derselben Grund zu mancherlei Einwendungen und Bedenken gaben.

Zunächst hat das Abgeordnetenhaus es für erforderlich gehalten, einleitungsweise die nachstehende Bestimmung über den Zweck des Reichstages in das Gesetz aufzunehmen:

„Zur Berathung der Verfassung und der Einrichtungen des Norddeutschen Bundes soll ein Reichstag gewählt werden.“

Dieser Zusatz steht nicht im vollem Einklange mit der oben angegebenen Bestimmung des Bündnißvertrages, laut welcher der von den Regierungen festzustellende Entwurf einer Bundesverfassung dem Parlamente nicht bloß „zur Berathung“, sondern „zur Berathung und Vereinbarung“ vorgelegt werden soll.

Ferner soll nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses das Wahlrecht — sowohl das Recht zu wählen, als auch das, gewählt zu werden — unter den angegebenen Einschränkungen nicht bloß jedem Preußen, sondern jedem Staatsbürger eines der zum Bunde zusammengetretenen Staaten zustehen.

Endlich hat das Abgeordnetenhaus noch die beiden folgenden ganz neuen Bestimmungen in das Wahlgesetz aufgenommen:

„Der Reichstag prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über deren Zulassung. Er regelt seine Geschäftsordnung und Disciplin.“

„Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst zur Verantwortung gezogen werden.“

Im Laufe der sehr eingehenden Erörterung ward die Regierungsvorlage namentlich von dem Bericht-

erstatter Abgeordneten Twisten und dem Abgeordneten Simson in ausführlichen Vorträgen befürwortet.

Der Minister-Präsident Graf Bismarck nahm am zweiten Sitzungstage lebhaften Antheil an der Berathung und bemerkte zunächst gegen die vorgeschlagenen Abänderungen:

„Wir sind in dem der Vorlage angehefteten Bündniß-Entwürfe mit denjenigen Regierungen, die ihn vollständig angenommen haben, dahin übereingekommen, daß die verbündeten Regierungen gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlamente anordnen wollen, und letztere gemeinschaftlich mit Preußen einzuberufen. Die Verpflichtung, welche die Regierungen übernommen haben, wird in demselben Maße ansehnlich, in welchem wir uns von dem ursprünglichen Texte des Reichswahlgesetzes von 1849 entfernen. Die Regierung hat deshalb bei ihrer Vorlage sich so genau, als es ihr die veränderten Verhältnisse zu erlauben schienen, an dieses Reichswahlgesetz angeschlossen, und hat dabei manches übernommen, worauf sie von Hause aus nicht verfallen sein würde, gerade weil die Verpflichtung der übrigen Regierungen genau auf dieses Gesetz lautete und weil, wenn bei den übrigen Regierungen und ihren Landesständen nicht eine lebhaftere Bereitwilligkeit, auf die ganze Sache einzugehen, vorhanden ist, als sich hier in einigen Theilen dieser Versammlung gezeigt hat, sie sehr leicht Vorwände und auch triftige Gründe aus jeder Veränderung entnehmen könnten, um ihrerseits dem von uns Allen doch gewünschten Werke Hemmnisse zu bereiten. Es sind mir bereits von einigen dieser Regierungen amtliche Zuschriften zugegangen, in denen sie die Befürchtung ausdrücken, daß Aenderungen, welche in dem ursprünglichen Texte des Reichswahlgesetzes vorgenommen würden, sie nöthigen würden, den Text ihren Ständen nochmals vorzulegen. Nun bin ich weit entfernt, das Gewicht aller dieser Ständerversammlungen mit dem der preussischen Landesvertretung gleichzustellen, aber grundsätzlich wird ein solches Recht, wie es hier in Anspruch genommen wird, Zusätze zu dem Texte des Reichswahlgesetzes zu machen, auch den kleineren Versammlungen nicht bestritten werden können, und wenn die Regierung, sei es in gutem Willen, sei es in Benützung eines bequemen Vorwandes, sich auf dieses Widerstandsgebiet zurückzieht, so kommt die preussische Regierung in eine große Verlegenheit. Soll sie mit dem Werke vorgehen, ohne die Zustimmung Aller? Soll sie Einzelne, die unsere treuen und bereitwilligen Bundesgenossen gewesen sind, mit Vergewaltigung bedrohen? Beides hat seine Schwierigkeiten, wenigstens seine Unbequemlichkeiten.“

Gegen mancherlei Einwürfe des Abg. Schulze äußerte der Ministerpräsident u. A. sich in folgender Weise:

„Der Beredner hat das jetzt Erreichte oder Erstrebte kritisiert als zu gering. Ja, meine Herren, es ist dies das günstigste Feld der Opposition gegen die Regierung jeder Zeit gewesen, stets das als ein nothwendiges Bedürfniß hinzustellen, was für den Augenblick nicht erreichbar war, und der Regierung die Schuld dafür

aufzubürden, daß es nicht erreicht ist. Der Grundsatz, daß das Beste des Guten Feind sei, wird von der Opposition der Regierung gegenüber niemals beherzigt. Ich kann Ihnen aber erwidern, daß wir vielleicht Besseres erreicht hätten, wenn sie die Politik, welche Sie jetzt tadeln, mit Entschiedenheit unterstützt hätten. Daß aber Ihre Unterstützung fehlte, daß wir gebunden an Hände und Füße, in inneren Kämpfen begriffen, nur diese Ergebnisse haben gewinnen müssen und gewinnen können, das berechtigt meiner Ansicht nach diejenigen am wenigsten zur Kritik, die uns gehindert haben, mehr zu erreichen. Der Vorredner hat getadelt, daß der Sieg, den die Truppen erschollen haben, nicht auf dem politischen Gebiete weiter ausgedehnt sei. Ja, meine Herren, die Abschätzung der Tragweite eines Sieges, in dem Augenblicke, wo er erschollen wird, ist eine der schwersten Aufgaben der Politik! Man kann darin sehr leicht irren, — ob wir geirrt haben, kann vielleicht nur die Zukunft zeigen. Wenn wir in dem Moment, den wir gewählt haben, den Frieden und den Waffenstillstand abschlossen und uns mit den Bedingungen begnügten, die wir erreichen konnten, so muß es einer späteren Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt haben, und wenn Sie sie alle kennen, so glaube ich, werden Sie der Regierung das Zeugnis nicht versagen, daß die Benutzung des Sieges eine ziemlich kühne war. Man kann gar sehr leicht die Linie überschreiten, wo eine weitere Ausbeutung des Sieges in eine blinde Zuversicht ausartet, die alle Errungenschaften auf das Spiel setzt, und je größer diese Errungenschaften schon sind, desto schwieriger entschließt man sich zu einer Ausbeutung des Sieges, die nicht mehr Muth, sondern Waghalsigkeit sein würde. Ich habe schon angedeutet, wir glauben in dem Gegebenen die Grundlage dessen zu besitzen, was wir brauchen, um dem Verständnisse des deutschen Nationalgefühls entsprechende Einrichtungen zu schaffen.“

Schließlich wurde der Gesetzentwurf mit den oben bezeichneten Aenderungen von einer sehr großen Stimmenmehrheit angenommen.

Am 17. d. M. kam das Reichswahlgesetz auch im Herrenhause zur Verhandlung. Die vorberatende Kommission hatte den Antrag gestellt, die vom Abgeordnetenhause der Regierungsvorlage hinzugefügte einleitende Bestimmung über Zweck und Befugnis des Reichstages zu beseitigen und einem andern, die Redefreiheit betreffenden Zusatz am Schlusse des Gesetzes eine veränderte Fassung im Anschluß an die bezügliche Bestimmung der preussischen Verfassungsurkunde zu geben.

Beim Beginn der Verhandlungen im Herrenhause machte der Kommissarius der Regierung, Geheimer Regierungsrath Wagner, dem Hause die nachstehende Mittheilung:

„Der Herr Minister-Präsident, welcher leider und zu seinem lebhaften Bedauern durch Unwohlsein verhindert ist, der heutigen Sitzung beizuwohnen, hat mich ausdrücklich beauftragt, Namens der königlichen Staatsregierung die Erklärung abzugeben, daß diese den größten Werth darauf legen müsse, das Zustandekommen des

vorliegenden Gesetzes weder verzögert, noch ungewiß gemacht zu sehen, und daß sie deshalb dringend wünsche, daß das Gesetz so angenommen werde, wie es aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist.

Die königliche Staatsregierung erkennt dabei gern und mit Dank an, nicht allein, daß die Kommission bei ihren abweichenden Beschlüssen von den wohlwollendsten Absichten geleitet ist, sondern daß an und für sich diese Abweichungen auch unbedenklich als Verbesserungen im Sinne der Regierung betrachtet werden dürften.

So wie die Dinge aber liegen und Angesichts der jetzigen politischen Verhältnisse erscheinen die Abweichungen gegenüber dem großen Zwecke als durchaus untergeordneter Natur und keinesfalls von dem Gewichte, um deswillen die Gefahr eines möglichen Nichtzustandekommens des Gesetzes zu übernehmen.

Ich darf ausdrücklich aussprechen, daß das Nichtzustandekommen des Gesetzes und folgeweise des norddeutschen Bundes sowohl die deutsche als die europäische Politik der königlichen Staatsregierung in bedenklicher Weise durchkreuzen würde, und daß bloße Verträge und Militair-Conventionen nach keiner Seite, weder nach innen noch nach außen, ausreichen würden, den beabsichtigten deutschen Reichstag in seiner nationalen Bedeutung zu ersetzen.

Die königliche Staatsregierung glaubt insbesondere diesem hohen Hause gegenüber sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß dasselbe nach wie vor der Leistung unserer auswärtigen Politik sein volles Vertrauen entgegenbringen und um deswillen auch geneigt sein werde, die Auswahl der Mittel und Wege in diesem Sinne zu würdigen.“

Obgleich nun im Laufe der Verhandlungen im Hause mancherlei Bedenken laut wurden, nicht nur gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, sondern auch gegen das vorliegende Wahlgesetz selber, — so war doch die patriotische Rücksichtnahme auf die wohlbegründeten Wünsche der Staatsregierung für die Entschlüsse des Herrenhauses entscheidend, und es wurde das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes in der Gestalt, wie dasselbe aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war, und zwar im Ganzen, ohne irgend eine Beschlussfassung über die einzelnen Bestimmungen, mit großer Mehrheit angenommen.

Uebrigens sagte nach dem Antrage der Kommission das Haus nachträglich noch den Beschluß: „die königliche Staatsregierung aufzufordern, bei Vereinbarung der Verfassung für den Norddeutschen Bund Fürsorge zu treffen, die Bedenken, welche die Anwendung des allgemeinen gleichen Stimmrechts zur Bildung der künftigen Bundesvertretung hervorrufen würde, durch eine anderweitige Zusammenfassung derselben zu beseitigen, und in der Beziehung in Betracht zu ziehen; in wiefern dies durch die Wahl von der Hälfte der Abgeordneten durch die Höchstbesteuerten der Wahlkreise, so wie dadurch zu erreichen sein möchte, daß dem Abgeordnetenhause ein Staatenhaus, ähnlich dem durch den Verfassungsentwurf vom 26. Mai 1849 vorgesehenen, zur Seite gesetzt wird.“

Privat-Anzeigen.

Kirchlicher Anzeiger aus Dels.

Am 17ten Sonntage nach Trinitatis
als zugleich am Michaelisfeste,
predigen in der Schloß- und Pfarr-Kirche:
Frühpredigt: Herr Diaconus Krebs.
*) Amtspredigt: Herr Hofprediger Hohenthal.
*) Nachmittagspredigt: Herr Propst Thielmann.
In der Propstkirche:
*) Mittags 12 Uhr: Herr Subdiaconus Schön.
(Die v. Studnig'sche Stiftspredigt.)
Wochenpredigt:
Donnerstag, den 27. September, Vormittags 8½ Uhr,
Herr Subdiaconus Schön.

*) Collette für die evangelischen Schullehrer-Seminare.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 25. d. Mts.,
Vormittags 10 Uhr,

kommen auf dem Stallplatz an der verdeckten Reitbahn in Dels circa 50 Stück zum Königlichen Dienst unbrauchbare Reitpferde meistbietend, gegen gleich baare Bezahlung, öffentlich zum Verkauf.

Die Verkaufsbedingungen werden im Verkaufstermine bekannt gemacht.

St.-D. Dankwitz, den 14. Septbr. 1866.

Commando des Königl. 2. Schles. Dragoner-Regiments No. 8.

Bei der jetzt hier grassirenden Epidemie erlaube ich mir, einen aus den heilsamsten Kräutern bereiteten

Cholera-Liqueur,
auf warmem Wege destillirt, einer gültigen Beachtung zu empfehlen.

J. Bielschowsky.

Portland-Cement und Gyps

halte stets auf Lager, und bitte, in großen als auch kleinen Quantitäten, um geeignete Abnahme.

Bernstadt.

E. Kaschner.

Freiwilliger Verkauf.

Das den Freistellenbesitzer Johann Georg Blase'schen Erben von Galbitz gehörige Grundstück Nr. 15 Ndr.-Mühlwitz, dorfgerichtlich abgetheilt auf 785 Tblr. 15 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen im Bureau II. einzusehenden Tage, soll zum Zweck der Auseinandersetzung

den 4. October ex.,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Partheien-Zimmer No. II. subhastirt werden.

Bernstadt, den 31. Juli 1866.

Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Die Ohlauer Kalk-Ofen
liefern täglich frisch gebrannten Kalk. Bei größeren Aufträgen bitte um vorhergehende Anzeige. **Oscar Stubr.**

Zwei Schwarzfalten, polnischer Race, für leichtes, rasches Fuhrwerk geeignet, sind billig zu verkaufen.

Dom. Kurzwitz bei Juliusburg.

Ein zuverlässiger Acker-Vogt kann sich auf dem Dom. Wiesegrade melden. Anzug Neujahr.

Zwei verheirathete Knechte, Großknechte, die sich zu Vögten eignen, resp. sich zu solchen ausbilden wollen, finden zum 1. Januar künftigen Jahres auf dem Dominio Briefe Anstellung.

Ein Viehwärter,

der beim Rindvieh Bescheid weiß, wird bei gutem Lohn und Deputat

zum Neujahr 1867
zur Wartung der hiesigen Rindviehherde gesucht.

Dom. Neudorf b. J.

Marktpreise der Städte Dels und Bernstadt,

vom 15. September 1866.

Marktpreis der Stadt Breslau

vom 15. September 1866.

Dels.	Weizen	Haar	Gerste.	Erbfen.	Hafer.	Kartoff.	Heu.	Stroh.
Drf. Maas u Gewicht.	der Schfl. rtl. far. pf.	der Schfl. rtl. far. pf.	der Schfl. rtl. far. pf.	der Schfl. rtl. far. pf.	der Schfl. rtl. far. pf.	der Schfl. rtl. far. pf.	der Ctr. rtl. far. pf.	das Schd. rtl. far. pf.
Höcker	—	1 22	1 9	—	26	12	19	5
Mittler	—	1 21	1 8	—	25	—	18	4 20
Niedriger	—	1 20	1 7	—	24	—	17	—
Bernstadt, den 15. Sept.								
Höcker	2 15	1 21	1 11	2 5	26	12	18	5
Mittler	2 13 6	1 20 6	1 10 6	—	25 6	—	—	—
Niedriger	2 12	1 20	1 10	—	25	—	—	—

	feine	mittel.	ordin.
Weiß. Weizen	80—86	75	68 Sgr.
Gelber dito	77—81	75	70 .
Roggen . .	56	55	54 .
Gerste . .	44—45	43	40 .
Hafer . .	29	28	26 .
Erbf . .	60—62	56	50 .
Kleejaat rotbe	—	—	— .
dito weiß	—	—	— .